

Städteinitiative Sozialpolitik Frühlingskonferenz, 19. Mai 2011

Armut bekämpfen und Gesundheit fördern

Was kann eine Stadt machen, wenn der Kanton nicht oder wenig handelt?

Annie Clerc

Conseillère communale, La Chaux-de-Fonds

In den reichen Ländern war die Armut lange versteckt und schien nicht zu existieren. Heute deuten verschiedene Anzeichen auf einen Wandel hin.

So hat der Bundesrat nach dem «Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung» seine gesamtschweizerische Strategie zur Armutsbekämpfung veröffentlicht, die Kantone, Gemeinden und Nichtregierungsorganisationen aufruft, sich zu organisieren, um ein veritables Programm umzusetzen.

Orientiert man sich an den SKOS-Richtlinien, beträgt die Armutsquote in der Schweizer Bevölkerung bei den 20- bis 59-Jährigen 8,8 %, bei Einelternfamilien 26,3 %, bei Paaren mit zwei Kindern 11,4 % und bei Paaren mit drei oder mehr Kindern 23,9 % (BFS, 2007).

Die Wirklichkeit des Kantons Neuenburg ist ebenso leidvoll, weil ein Drittel der Sozialhilfebeziehenden zwischen 0 und 17 Jahre alt ist und fast jede zweite Einelternfamilie mit drei oder mehr Kindern (40 %) Sozialhilfe bezieht. Die Scheidungsquote beläuft sich im Kanton Neuenburg auf 60,3 % (schweizerischer Durchschnitt 47,7 %). 54 % der Kinder, die Sozialhilfe beziehen, kommen aus Einelternfamilien.

Wenn ausserdem eine Einelternfamilie trotz Erwerbsarbeit Sozialhilfe bezieht, hat sie in der Regel ein kleines Teilzeitpensum, und die Chancen, wieder aus der Armut herauszukommen, sind gering.

Im kantonalen Vergleich stellt der Kanton Neuenburg der Sozialhilfe grosse Beträge zur Verfügung: 69 Millionen Franken 2006 und fast 100 Millionen in diesem Jahr. Dies sind hohe Gesamtausgaben – bei Kosten pro Bezüger, die unter dem schweizerischen Durchschnitt liegen.

Damit ist der Rahmen abgesteckt: Kinderreiche Familien und Einelternfamilien sind besonders von der Armut betroffen, und zwar sowohl die Kinder als auch die Eltern. Sie verdienen mehr als gute Absichten und Berichte.

Der Kanton muss seine Familienpolitik revidieren, überlegen, welche Impulse er mit den bestehenden Massnahmen geben will (Familienzulagen, Alimentenbevorschussung durch das «Office de recouvrement et d'avances des contributions d'entretien» (ORACE), Stipendien, Verbilligung der Krankenkassenprämien usw.), und die Einführung von Zusatzleistungen für Familien prüfen, die trotz Erwerbsarbeit unter der Armutsgrenze leben.

Die Harmonisierung und Koordination der Leistungen über ein «Revenu déterminant unifié» (einziges massgebendes Einkommen) muss mit dem Ziel zum Abschluss gebracht werden, zahlreichen erwerbstätigen Familien ein Leben in Würde zu ermöglichen.

Was kann eine Stadt wie La Chaux-de-Fonds machen, wenn eine Vielzahl der Projekte auf kantonaler Ebene nur in finanzieller und kurzfristiger Hinsicht diskutiert werden?

Die Städte, die täglich mit der Armut konfrontiert sind, aber ohne Unterstützung dastehen und in ihrem Handlungsspielraum und ihren finanziellen Ressourcen eingeschränkt sind, reagieren mit kleinen Retuschen und Minimassnahmen, um die Lächer zu stopfen, aber ohne eigentliche, auf kantonaler Ebene diskutierte und verabschiedete Strategie.

Das Postulat der Chancengleichheit für alle ist ein Mythos. Ein Kind, das in eine einkommens- und bildungsschwache Familie geboren wird, erbt ein erhebliches Armutsrisiko, ja sogar ein Risiko der Ausgrenzung vom sozialen Leben.

Die Stadt La Chaux-de-Fonds entwickelt Präventions- und Unterstützungsaktionen, um Kinder mit sozialen und Integrationsschwierigkeiten während ihrer Schulzeit zu unterstützen. Die Zusammenarbeit mit anderen Institutionen, die direkt oder indirekt mit der Schule zu tun haben, ermöglicht durch den Willen zur Öffnung die Bekämpfung der kulturellen und sozialen Armut von betroffenen Kindern (Aktionen rund um Museen, Musik, Theater, den Jugenddienst und bei Jungen aktive Sportvereine).

Als Ergänzung zur Schule und zur Stärkung der Soziabilisierung von Kleinkindern legt die Stadt in ihrer Legislaturplanung einen Schwerpunkt auf die ausserfamiliäre Entwicklung. Sie erhöht ihre Aufnahmekapazität und stärkt die sprachliche Förderung von Kindern aus Migrantenfamilien. Es geht darum, so früh wie möglich einzugreifen und insbesondere Kinder aus sozial benachteiligten Milieus von Geburt an zu fördern, während gleichzeitig die Eltern in ihrer Erziehungsarbeit ermutigt werden.

Um gegen die bedeutenden Schwelleneffekte zu kämpfen, führt die Stadt eine ergänzende Politik zur institutionellen Sozialhilfe und gewährt eine Gemeindezulage für Familien und AHV-Bezügerinnen und -Bezüger.

Das «Centre de santé scolaire» (Schulgesundheitsdienst) wird zur gesundheitsfördernden Schule und führt Schülerinnen und Schüler, Lehrpersonen, Eltern und Migrantenorganisationen in interdisziplinären Teams zusammen, um die Gesundheit und die Prävention im schulischen Bereich zu fördern.

Die Stadt hat die Gesundheitsförderung für alle und die Verbesserung des Zusammenlebens zu politischen Prioritäten gemacht – ganz im Sinne des Gesunde-Städte-Konzepts der WHO. Das ist eine Querschnittsaufgabe. Die Mehrheit der gesundheitsfördernden Faktoren ist nicht medizinischer Art. Zugang zu Bildung, zu einem Beruf, zum Arbeitsmarkt und zu einer annehmbaren Unterkunft mit Nachbarschafts- und Quartierbeziehungen sind Schlüsselfaktoren für die physische und psychische Gesundheit.

Die versteckte Armut aufzudecken, bleibt nach wie vor schwierig. Der gesellschaftliche Blick, der die Armut stigmatisiert, und die Schwächung des Selbstwertgefühls

bewirken, dass die Familie sich abschottet und Schamgefühle entwickelt, und versperren dadurch den Zugang zu den angebotenen Brücken.

Viele der vorgeschlagenen Verbesserungen hängen leider vom Willen und Engagement des Bundes und der Kantone ab. Die Lücken in den Systemen der sozialen Sicherheit müssen geschlossen und eine Reflexion über die soziale Kohäsion in Gang gesetzt werden.

Die soziale Integration stärken, die Gesundheit fördern, die Bildungschancen verbessern, gegen Ungleichheiten kämpfen, einem Kind ermöglichen, gesund aufzuwachsen: Diese Herausforderungen verdienen unser Engagement – egal, auf welcher politischen Ebene wir agieren –, aber sie müssen besser koordiniert werden. Es wäre besonders unverantwortlich, die Kinder- und Familienarmut künftigen Generationen zu vererben.

14. Mai 2011